

- **Das Jahr 2014 in ausgewählten Zitaten**
- **»Afghanistan-Einsatz hat Lage der Frauen nicht verbessert« - Medica Mondiale zieht kritische Bilanz nach 13 Jahren Isaf-Mission**
- **Bis zur letzten Landmine - Minensuche in Mosambik**
- **Weltkirchenrat: Vertrag über Waffenhandel Hoffnungszeichen**

- **Weihnachten - EKD-Friedensbeauftragter erinnert an Gewalt in Nahost**
- **Jüdischer Zentralrat nimmt Muslime vor »Pegida« in Schutz - Altbischof Huber: Christen sollten »Nein« zu der Protest-Bewegung sagen**
- **EKD: »Pegida«-Demonstranten nicht als Neonazis abtun - Bedford-Strohm will Motivation verstehen - Jung fordert starke Gegenbewegungen**
- **Gericht bestätigt Verbot von Wormser Krippenspiel - Solidaritätsaktion für Flüchtlinge fand trotzdem statt**
- **Kalter Wind aus dem Norden - Vielen US-Deserteuren in Kanada droht die Abschiebung**

Das Jahr 2014 in ausgewählten Zitaten

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 53_2014 Seite _18

Düsseldorf (epd). Die Unterbringung von Flüchtlingen und die Ernennung eines neuen Kölner Erzbischofs prägten unter anderem 2014. Der Evangelische Pressedienst (epd) dokumentiert ausgewählte Zitate zu diesen und anderen Themen:

»Die Kirche hat keine Armeen, keine Machtmittel. Sie hat nichts als das lebendige Wort Gottes, das in Jesus von Nazareth Fleisch wurde.« Der rheinische Altpräses Manfred Kock, ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), im Dezember in Köln zu den Möglichkeiten der Kirche, in der Gesellschaft zu wirken.

»Fragen Sie einen Volkswirt, was sich übermorgen entwickelt, und Sie kriegen von zehn Volkswirten zwölf verschiedene Antworten. So ist das mit den Prognosen.« Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, im Dezember Deutschlandfunk zur Frage, wie viele Jobs durch den Mindestlohn verloren gehen könnten.

»Suizid darf nicht geächtet werden. Aber 'gesellschaftsfähig' darf er ebenso wenig sein.« Die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, im November vor der westfälischen Landessynode in Bielefeld zum Umgang mit Sterbehilfe.

»Einen Ratsvorsitzenden am 11.11. zu wählen, wäre in Köln undenkbar.« Der katholische Dresdner Bischof Heiner Koch, früher Weihbischof in Köln, am 9. November in Dresden mit Blick auf die Wahl eines neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 11. November in der Elbestadt. An dem Tag wird traditionell in Köln der Karneval eröffnet.

»Wer seine eigene Konfession authentisch vertritt, der landet am Ende bei der Ökumene.« Der neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, im November im Radiosender WDR 5.

»Wir sind Lobbyisten für die Abgehängten, für die Vernachlässigten. (...) Wir sind Lobbyisten für die Abgeschobenen. Und dass da unser Herz schlägt, das muss man auf den ersten Blick erkennen und nicht erst auf den zweiten oder auf den dritten Blick.« Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, im Oktober in der Radiosendung »Kirche im WDR« zur Rolle der Kirche in der Gesellschaft.

»Wir können alles Mögliche im Kampf gegen Salafisten gebrauchen, aber nicht Rechtsextreme und gewalttätige Schläger.« Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in den ARD-Tagesthemen" im Oktober mit Blick auf die Krawalle bei der Demonstration von Hooligans und Rechtsextremisten in Köln.

»Die Kommunen können nicht Nein sagen zu mehr Flüchtlingen.« Der Präsident des Deutschen Städtetags, Ulrich Maly (SPD), im Oktober in der »Rheinischen Post«. »Wir betreiben hier im Moment Notunterkünfte und das sind keine Teekreise für Handarbeitslehrerinnen.«

Der Geschäftsführer der privaten Betreiberfirma European Homecare (EHC), Sascha Korte, nimmt nach dem Skandal um Misshandlungen im Flüchtlingsheim Burbach die EHC-Mitarbeiter in Schutz. Die bekannt gewordenen Vorfälle seien Einzelfälle, erklärte er in einer im Oktober veröffentlichten Mitarbeiterinformation.

»Wir haben nur noch ein Zeitfenster von sechs Wochen. Erst kommt der Regen, dann kommt die Kälte - und dann kommt der Tod.« Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) im Oktober in der »Saarbrücker Zeitung« zur Hilfe für die Flüchtlinge im Nordirak und in Syrien angesichts des bevorstehenden Winters.

»Hier muss der Staat Danke sagen, weil er manche Aufgabe gar nicht so gut wahrnehmen kann wie zum Beispiel Kirche und Diakonie.« Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) im September in Bielefeld vor den Superintendenten der Evangelischen Kirche von Westfalen. Er sprach sich dafür aus, dass soziale Arbeitsbereiche auch weiterhin stellvertretend für den Staat von freien Wohlfahrtsträgern übernommen werden.

»Die Kirche ist keine Wurstfabrik.«

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Reinhard Marx, im September in Fulda zur Begründung, warum die geforderte Transparenz der Kirchenfinanzen und -vermögen Zeit brauche.

»Krieg lässt sich nicht auf dieselbe Weise aus der Welt schaffen, wie er hineingekommen ist.« Die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, im September in einem Interview des Evangelischen Pressedienstes (epd) zur Situation im Nordirak.

»Dass die Grenze der Europäischen Union die Grenze mit den meisten Toten weltweit ist, ist keine Tragödie. Das ist ein Skandal!« Der Vizepräsident der Evangelischen Kirche im Rheinland, Johann Weusmann, im September in Wuppertal.

»Ich bin kein Politiker, meine Botschaft trägt den Namen Jesus Christus.« Der designierte Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki im September in Köln zur Frage nach seinen wichtigsten Aufgaben.

»Der Protestant hat weniger Fraktionsdisziplin, er wird ermutigt, seine Meinung zu äußern.« Der Kabarettist Konrad Beikircher im September in der »Zeit«-Beilage »Christ & Welt« zum Selbstbewusstsein von Protestanten und Katholiken.

»Ich bin ein Jude, wenn Synagogen angegriffen werden. Ich bin ein Christ, wenn Christen beispielsweise im Irak verfolgt werden. Und ich bin ein Moslem, wenn Brandsätze auf ihre Gotteshäuser geworfen werden.« Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, im September beim Aufruf zu einem Aktionstag der muslimischen Gemeinden, mit dem sie gegen Hass und den Missbrauch von Religion protestieren wollen.

»Ich werde nie behaupten, zölibatär zu leben wäre die ideale Lebensform. Da wäre die Menschheit schnell am Ende.« Der Trierer Bischof Stephan Ackermann im Juli im Gespräch mit dem Lesben- und

Schwulenverband (LSVD) des Saarlands über Homosexualität und Eingetragene Partnerschaften in Saarbrücken.

»Wir können nur um Vergebung bitten, so lange so unentschuldig blind gewesen zu sein.« Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in einem Interview mit dem »Kölner Stadt-Anzeiger« im Juni zu den jahrelangen falschen Verdächtigungen des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße 2004, der der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund zugeordnet wird.

»Ich bin ein rheinischer Katholik, da feiern wir immer.« Der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio beim EKDZukunftsforum im Mai in Bochum auf die Frage, wer beim Reformationsjubiläum 2017 mit wem feiert.

»Besser eine subventionierte Arbeit als Arbeitslosigkeit.« Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, im April in der »Rheinischen Post« zum Lohnkostenzuschuss für Langzeitarbeitslose.

»Die Politik sollte sich um die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere für alle Frauen kümmern, nicht um die Vorstandskarrieren von ein paar.« Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner im März in der in Essen erscheinenden »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« zur geplanten gesetzlichen Frauenquote für die Aufsichtsräte börsennotierter und voll mitbestimmungspflichtiger Unternehmen.

»Es bringt nichts, Heiligenbildchen zu malen. Am Ende müssen wir unter vorhandenen Menschen sehen, wer den Herausforderungen am besten gerecht wird.« Der Kölner Dompropst Norbert Feldhoff im März im WDR-Radio zur Suche nach einem neuen Erzbischof nach der Versetzung von Kardinal Joachim Meisner in den Ruhestand.

»Wo ein kluger, menschenfreundlicher, freier und fortschrittlicher Geist weht, hat es das Kabarett naturgemäß schwer. Insofern war Kardinal Meisner ein Gottesgeschenk für Satire, Humor und Zeitkritik.« Der Kölner Kabarettist Jürgen Becker im »Kölner Stadt-Anzeiger« im Februar.

»Es gibt kein Recht darauf, Nacktaufnahmen von fremden Kindern zu besitzen.« Matthias Katsch, Sprecher der Missbrauchsoffer-Gruppe Eckiger Tisch, im Februar im Deutschlandfunk.

»In einem See von Meinungen und in einem Meer von schlecht geschriebenen Blogs, die das Internet möglich macht, lässt sich meines Erachtens nicht schwimmen.« Der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker beim traditionellen Empfang des Erzbistums für Vertreter der Medien im Januar.

»Nicht jeder, der ein Handy benutzt, ist automatisch jung.« Die rheinische Landesjugendpfarrerin Simone Enthöfer im Januar vor der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland in Bad Neuenahr.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 53_2014 Seite _19

»Afghanistan-Einsatz hat Lage der Frauen nicht verbessert«

Medica Mondiale zieht kritische Bilanz nach 13 Jahren Isaf-Mission

Köln (epd). Die internationale Gemeinschaft hat es mit ihrem Afghanistan-Einsatz nach Ansicht der Frauenrechtlerin Monika Hauser nicht geschafft, die Lage der Frauen zu verbessern. Der jahrelange Krieg habe zu einer zunehmenden Brutalisierung der afghanischen Männer geführt, sagte die Gründerin der Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das ließen diese vielfach an ihren Familien aus. Schutz und Hilfe bekämen Frauen vom Staat aber kaum. Ende des Jahres endet die Nato-geführte Isaf-Mission nach 13 Jahren. Im Rahmen der Nachfolgemission »Resolute Support« bleiben aber rund 12.000 ausländische Soldaten im Land, unter anderem aus den USA und Deutschland. Hauser kritisierte, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen sei, für mehr Sicherheit in Afghanistan zu sorgen. »Man hätte viel mehr Wert auf Entwicklungszusammenarbeit legen müssen und auf den Aufbau von Regierungsstrukturen.« Es gebe aber bis heute keine funktionierenden

Strukturen in den Ministerien oder bei der Polizei. Besonders Frauen könnten von der oftmals korrupten Polizei keinen Schutz erwarten, beklagte Hauser. »Man geht nicht zur Polizei, um eine Vergewaltigung anzuzeigen, weil man weiß, dass man dort erneut vergewaltigt würde.« Hauser sprach sich unter anderem für mehr weibliche Polizeimitarbeiterinnen aus. Aktuell seien nur etwa fünf Prozent Frauen. Häufig verbieten Familien ihren Töchtern die Ausbildung bei den Sicherheitskräften nach Hausers Worten aber gerade wegen der dort vorherrschenden Brutalität.

Die Medica-Mondiale-Geschäftsführerin forderte zudem ein besseres Training der Polizisten. Viele seien Analphabeten, hätten nie etwas über Menschenrechte gelernt und bekämen ihren Sold nicht ausgezahlt, weshalb sie mit den Taliban kooperierten. Von der Staatengemeinschaft forderte Hauser auch nach dem Abzug der Kampftruppen weitere Unterstützung für Afghanistan. Besonders die demokratischen Kräfte und Menschenrechtler müssten gestärkt werden, damit sie das Land nicht verließen, betonte die Frauenrechtlerin. Als positive Beispiele nannte Hauser das Afghan Women's Network, einen Dachverband von über 80 Frauenorganisationen, und die von Medica Mondiale aufgebaute Organisation Medica Afghanistan, die mittlerweile selbstständig von den afghanischen Mitarbeiterinnen geführt werde. Media Mondiale wurde im Jahr 1993 von der Kölner Gynäkologin Monika Hauser gegründet und hilft seitdem von sexualisierter Kriegsgewalt betroffenen Frauen. Die Organisation unterstützt Partnerorganisationen und Projekte in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Uganda, Burundi und Ruanda. *epd-Gespräch: Jasmin Maxwell*
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 53_2014 Seite 37

Bis zur letzten Landmine



Minensuche in Mosambik

epd-Bild / Benjamin Dürr

Maputo (epd). Ein Schritt veränderte sein Leben. Lazaro Virniz Rice setzte den Fuß auf, hörte eine Explosion, und ein unbeschreiblicher Schmerz fuhr in seine Beine. Es passierte 1991, als er Soldat in Mosambiks Armee war, 23 Jahre alt, und bei einer Patrouille auf eine Landmine trat. Die Explosion zerfetzte sein linkes Bein. Seitdem kann er nicht mehr jagen, kicken oder arbeiten, wie Rice mit vorsichtiger Stimme erzählt. Der heute 46-jährige hagere Mann sitzt vor seiner Hütte im Schatten eines Baums im abgelegenen Inland Mosambiks. Nach dem Unfall wurde er entlassen. Bis heute ist er auf die Hilfe seiner Kinder und seiner Frau angewiesen. Das linke Bein seiner grauen Hose ist mit einer Sicherheitsnadel nach oben gesteckt. 1991 stand der Bürgerkrieg in Mosambik kurz vor dem Ende. Über Jahrzehnte waren überall im Land Minen verteilt worden. Die linksgerichtete Regierung nutzte sie, um Eisenbahnbrücken und Wasserdämme gegen Sabotage zu schützen. Die rechten Rebellen legten die Sprengkörper aus, um Gegnern den Weg abzuschneiden. 1992 wurden die Kämpfe eingestellt - doch die tödliche Gefahr im Boden blieb. Damals war Mosambik eines der Länder mit den meisten Minen im Boden. Nach Ende des Bürgerkriegs startete die Regierung ein umfassendes Minenräumprogramm.

Zwei Jahrzehnte später ist das Ziel erreicht: Mosambik wird Ende 2014 offiziell für landminenfrei erklärt. 34,4 Millionen Quadratmeter Minenfelder werden dann geräumt sein. »Der Erfolg von Mosambik macht Hoffnung, dass auch andere Länder ihr Minen-Problem lösen können«, sagt Amelie Chayer, Forscherin

der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL). »Früher bekamen wir zu hören, dass es sicher Hunderte Jahre dauern würde, um eine Welt ohne Landminen zu erreichen.« Der relativ schnelle Fortschritt in Mosambik und anderen Ländern wie Albanien und dem Kongo widerspreche aber dieser Prognose. Die Staatengemeinschaft hat sich vor kurzem das Jahr 2025 als Ziel gesetzt. In Mosambik wird nach den allerletzten Landminen gesucht. Nicht weit von Rices Dorf entfernt arbeitet ein Team der Organisation »Handicap International« mit Maschinen, Minenräumern und Hunden im Gestrüpp unter einer Stromleitung. Die Masten wurden gegen Sabotage vermint. Heute würden die Menschen der Region, die rund drei Autostunden von der Stadt Beira liegt, das Feld gerne für die Landwirtschaft nutzen. Zunächst schneiden schwere Räumfahrzeuge Bäume und Gebüsch. Erst dann kommen die Minenräumer und die Hunde. Der Trainer steht am Rand des markierten Feldes und deutet dem Hund mit dem Arm an, wo er suchen soll. Eingesetzt werden vor allem Deutsche Schäferhunde, die ausgebildet wurden, Sprengstoff im Boden aufzuspüren. Sobald der Hund etwas findet, setzt er sich und bleibt reglos auf der Stelle - das ist das vereinbarte Zeichen. »Ein Hund hat einen Zehntausend Mal besseren Geruchssinn als ein Mensch«, sagt Alan Johnson, der für »Handicap International« die Minenräumung in Mosambik leitet. Zudem seien die Tiere rund 30 Mal schneller als ein Mensch. Der Hund stromert durch das Feld, zwischen den kniehohen Grasbüscheln durch. Ein menschlicher Minen-Räumer müsste erst vorsichtig das Gras weiter zurückschneiden und mehrere Male mit einem Metalldetektor über die Stelle vor seinen Füßen streifen. Für ein Feld so groß wie ein halber Fußballplatz braucht der Hund nur 20 Minuten, pro Tag kann er rund 3.000 bis 4.000 Quadratmeter prüfen. Ein Mensch schafft pro Tag nur rund 20 Quadratmeter. Die Arbeit unter der afrikanischen Sonne ist schwer, mit Bleiweste und Helm, der die Sicht einschränkt. Regelmäßig müssen die Minenräumer und ihre Hunde Pausen machen, der Einsatz erfordert höchste Konzentration. Rund 20 Strommasten fehlen noch. Wenn es nicht mehr regnet, könnten sie bis zum Jahresende entmint sein. Johnson, der bereits als Minen-Räumer im Irak gearbeitet hat, will erst gehen, wenn die letzte Landmine entschärft ist. »Nicht weit von hier haben wir entlang einer Straße ein riesiges Minenfeld geräumt«, erzählt er. »Wenn man heute vorbeifährt, sieht man Mais wachsen und Menschen, für die ihr Land wieder zugänglich ist - das ist fantastisch.« *Von Benjamin Dürr (epd)*
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 53_2014 Seite 39

Weltkirchenrat: Vertrag über Waffenhandel Hoffnungszeichen

Genf (epd). Der neue Vertrag über den Waffenhandel ist laut Weltkirchenrat ein »Zeichen der Hoffnung« für viele Menschen, die Opfer von Gewalt und Terror sind. Der Pakt soll Waffenlieferungen in Konfliktgebiete wie Syrien oder an Extremistenorganisationen wie den »Islamischen Staat« verhindern, sagte der Abrüstungsbeauftragte des Weltkirchenrates, Jonathan Frerichs, dem Evangelischen Pressedienst in Genf. Der Vertrag, der am 24. Dezember in Kraft tritt, schließt eine Lücke im Völkerrecht, betonte Frerichs. Deutschland und knapp 60 weitere Staaten haben den »Arms Trade Treaty« bereits ratifiziert. Es handele sich um das erste rechtlich verbindliche Abkommen über den Transfer von konventionellen Waffen aller Art, sagte der Abrüstungsbeauftragte des Weltkirchenrates. Unter den Vertrag fallen Rüstungsgüter wie Kampfjets, Panzern, Artillerie, Gewehre und Munition. Der Vertrag verbietet den Staaten die Ausfuhr von Waffen, wenn dadurch Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen ermöglicht werden können. Ebenso soll der Export unterbleiben, wenn die Waffen bei ernsthaften Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte eingesetzt werden könnten. Lieferungen an Terroristen oder Kriminelle sind untersagt. Ziel des Vertrages ist es das »menschliche Leiden« zu reduzieren und den illegalen Handel zu beenden. »Die Mehrheit der Staaten macht das Richtige«, erläuterte Frerichs. Allerdings wies er darauf hin, dass bislang die großen Waffenexporteure Russland und China den Vertrag nicht unterzeichnet haben. Die USA, das größte Ausfuhrland, habe den Pakt noch nicht ratifiziert. »Diese Staaten sollten natürlich mit an Bord sein«, sagte der US-Amerikaner. Weiter komme es darauf an, dass die Vertragsstaaten die eingegangenen Verpflichtungen erfüllten. So müssen die Staaten dem Vertrag zufolge selbst nationale Kontrollsysteme aufbauen sowie Export- und Importlisten erstellen.

Das Vertragssekretariat in Genf muss die Listen dann überprüfen, es kann aber keine Sanktionen verhängen. »Es wäre natürlich besser, wenn die Nichtbeachtung der Regeln geahndet werden könnten«, unterstrich Frerichs. Die Staaten hatten sich 2013 auf den Pakt geeinigt. Der Ökumenische Rat der Kirchen, der Vatikan und viele Menschenrechtsorganisationen setzten sich dafür ein. Im September wurde die nötige Schwelle von 50 Staaten überschritten, die das Abkommen ratifizierten. Bislang haben mehr als 120 Staaten den Vertrag unterzeichnet. *epd-Gespräch: Jan Dirk Herbermann*

Weihnachten EKD-Friedensbeauftragter erinnert an Gewalt in Nahost

Bonn (epd). Der kirchliche Friedenbeauftragte Renke Brahms hat angesichts des nahenden Festes die Gewalt in Nahost als besonders schmerzlich bezeichnet. »An Weihnachten blicken wir nach Bethlehem«, sagte der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Freitag in Bonn. Dort hätten die Engel bei der Geburt des Heilands den Frieden auf Erden verkündet. Doch in Israel und Palästina sei es noch ein weiter Weg zum Frieden. »Dennoch muss alles getan werden, damit hier die Menschen in Frieden miteinander leben können, Israelis wie Palästinenser«, betonte der leitende Bremer Theologe. Einfache Lösungen gebe es im Heiligen Land nicht, »und bis zu einem gerechten Frieden brauchen wir noch einen langen Atem«, ergänzte Brahms. Für einen Frieden in Gerechtigkeit zu streiten, sei für Christen eine bleibende Aufgabe: »Das Weihnachtsfest mahnt uns alle zum Frieden.« Welche Friedenskraft Weihnachten ausüben kann, haben Brahms zufolge die Geschehnisse im Ersten Weltkrieg vor genau 100 Jahren gezeigt. »Damals haben deutsche, britische und französische Soldaten gemeinsam an der Front Weihnachten gefeiert. Ein kleines Stück Frieden mitten im großen Sterben.« Im klirrend kalten Kriegswinter 1914 legten französische, deutsche und schottische Soldaten an einigen Abschnitten der Westfront ihre Waffen beiseite. Sie sangen gemeinsam Weihnachtslieder, beschenkten sich mit Champagner, Zigaretten und Schokolade und spielten Fußball. Doch die als »Weihnachtsfrieden« in die Geschichte eingegangene Feuerpause währte nur kurz. Bald erklärten die Heeresleitungen den »Geist der Verbrüderung« zum »Hochverrat« und machten den Frontsoldaten klar, dass es ihre Pflicht sei, einander zu töten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 52_2014 Seite _8

Jüdischer Zentralrat nimmt Muslime vor »Pegida« in Schutz

Altbischof Huber: Christen sollten »Nein« zu der Protest-Bewegung sagen

Berlin (epd). Angesichts der islamfeindlichen »Pegida«-Proteste hat der Zentralrat der Juden die Muslime in Deutschland in Schutz genommen. Die Angst vor islamistischem Terror werde »instrumentalisiert«, um eine ganze Religion zu verunglimpfen, sagte der Zentralratsvorsitzende Josef Schuster der Zeitung »Die Welt« (20. Dezember): »Das ist absolut inakzeptabel.« Der Zentralrat der Muslime appellierte unterdessen an die Politik, sich mit »Pegida« und den sozialen Abstiegs-Ängsten ihrer Anhänger auseinanderzusetzen. Kirchenvertreter warnten vor einer Ausgrenzung von Muslimen und riefen Christen zum »Nein« gegenüber der anti-islamischen Bewegung auf. Der Spitzenrepräsentant der Juden in Deutschland sagte, von wenigen Islamisten im Land rückzuschließen, Deutschland drohe ein Staat mit dem Islam als Staatsreligion zu werden, sei »so absurd, als wenn wir aus der Existenz von Rechtsextremisten schlössen, morgen werde die NS-Diktatur wieder errichtet«. Er warnte zugleich davor, die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) zu unterschätzen. »Die Bewegung ist brandgefährlich«, so Schuster. »Hier mischen sich Neonazis, Parteien vom ganz rechten Rand und Bürger, die meinen, ihren Rassismus und Ausländerhass endlich frei ausleben zu dürfen.« Der Zentralrat der Muslime in Deutschland rief dazu auf, sich intensiver mit den »Pegida«-Anhängern auseinanderzusetzen. Das Wort Islamisierung werde bei den »Pegida«-Veranstaltungen nur als Deckmantel benutzt, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek am Samstag im RBB-Infonradio. Die Ängste der Mitläufer seien die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, der mögliche Verlust des eigenen Arbeitsplatzes und ihrer Renten. Um diese Sorgen müsse sich die Politik mehr kümmern. Der Berliner Altbischof Wolfgang Huber forderte die Christen zu einem »Nein« zu der anti-islamischen Gruppierung auf. Er wünsche, dass die Menschen bei diesem wichtigen Thema bereit seien zu differenzieren, auch innerhalb des Islam zu differenzieren, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im

Deutschlandradio Kultur. Christen dürften sich an einer Ausgrenzung von Muslimen keinesfalls beteiligen. Vielmehr sollten sie für eine Gesellschaft mit offenem Charakter werben. Die Offenheit für Fremde schließt auch die Bereitschaft ein, sie aufzunehmen und Platz für Flüchtlinge zu schaffen. »Pegida« verletze diese christlichen Grundsätze. Auch der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm warnte vor zunehmender Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Den »Pegida«-Organisatoren gehe es hier nicht um »eine Rettung des Abendlandes, sondern um das Schüren von gefährlichen Ressentiments«, sagte der leitende Bremer Theologe. Immer wieder müsse darauf hingewiesen werden, dass Millionen Muslime friedlich in Deutschland lebten und integriert seien. Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), wies die Interpretation zurück, wonach der Grund für die besondere Stärke von »Pegida« in Dresden in der DDR zu suchen sei. Dies sei ein »abgeschmackter und billiger Versuch, die Verantwortung für diesen Pegida-Irrsinn der DDR und damit den Ostdeutschen in die Schuhe schieben zu wollen«, sagte sie der »Mitteldeutschen Zeitung« in Halle (Online-Ausgabe). Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hatte zuvor in der »Frankfurter Rundschau« erklärt, »den Protest gibt es interessanterweise vor allem da, wo es wenig Ausländer gibt. Das kann nicht nur Zufall sein; das kann auch mit der Geschichte der DDR eine Menge zu tun haben.« So hätten die Menschen in der DDR kaum Kontakt zu Fremden gehabt. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sagte, was gegen islamfeindliche Ängste und Vorurteile helfe, seien positive Erfahrungen mit Muslimen, die ihren Glauben friedlich lebten. Er wies ebenfalls darauf hin, dass die Demos vor allem dort Zulauf hätten, wo nur eine Minderheit von Muslimen lebe. Das erinnere historisch an »besonders scharfe Formen des Antisemitismus«, wo Menschen niemals Juden begegnet seien, sagte Meister. Je geringer das Wissen, umso gefährlicher seien die Urteile. Seit Wochen demonstrieren jeden Montag Tausende »Pegida«-Anhänger, vor allem in Dresden, gegen eine angebliche Islamisierung des Westens. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 52_2014 Seite _13

EKD: »Pegida«-Demonstranten nicht als Neonazis

abtun Bedford-Strohm will Motivation verstehen - Jung fordert starke Gegenbewegungen

Frankfurt a.M./München (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, warnt angesichts der »Pegida«-Proteste vor vorschnellen »Etikettierungen«. Bedford-Strohm sagte dem Sender hr-Info am 19. Dezember: »Man darf die Leute nicht gleich als Neonazis abtun.« Stattdessen müsse man genauer hinschauen, welche Motive hinter den Protesten stecken: »Ich möchte verstehen, warum Menschen bei solchen Demonstrationen mitlaufen«, sagte Bedford-Strohm. Für mehr Sachlichkeit in der Debatte über die »Pegida«-Aktionen warb unterdessen der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx. Bedford-Strohm äußerte zugleich die Erwartung, dass sich die Demonstranten deutlich abgrenzen gegenüber Fremdenhass und Islamfeindlichkeit: »Es ist dringend nötig, dass diejenigen, die da mitlaufen, sich bewusst werden, vor welchen Karren sie möglicherweise gespannt werden.« Alle Dinge, die andere Menschen ausgrenzten, könnten nicht akzeptiert werden. Wenn für »Menschenfeindlichkeit« christliche Symbole wie das Kreuz benutzt würden, sei das »ganz bestimmt Missbrauch«, sagte der bayerische Landesbischof. Wer den christlichen Glauben lebe, dürfe andere nicht abwerten. Kardinal Marx forderte die Teilnehmer von »Pegida«-Demonstrationen auf, sich genau zu überlegen, hinter welchen Transparenten sie herliefen. Ihm sei jedenfalls nicht klar, wer zum Beispiel die Demonstrationen organisiere oder welche Forderungen im Detail dahintersteckten, sagte der Münchner Erzbischof. Ihn entsetze zudem, dass in der »Pegida«-Debatte auf beiden Seiten mit Schlagworten um sich geworfen werde. Bei den Kundgebungen äußerten einige Menschen Ängste, wie etwa, dass Muslime auch hier in Deutschland anderen Menschen die Köpfe abschlagen könnten. Andere wiederum meinten, dass die »Pegida«-Aktivisten allesamt Rassisten seien. »Was ist denn das für eine Diskussion und primitive Auseinandersetzung mit einem Thema?«, fragte Marx. Er vermisse Toleranz und Respekt gegenüber den Mitmenschen. Zu der Ankündigung der Organisatoren, bei der für den 22. Dezember geplanten »Pegida«-Demonstration Weihnachtslieder anzustimmen, sagte Kardinal Marx, wer Weihnachtslieder singe, dürfe dabei nicht Jesus vergessen, der der Freund aller Menschen war und für Nächstenliebe stehe. Hass auf Menschen anderer Religionen und Nationen zu schüren, habe nichts mit dem Christentum zu tun. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung rief dazu auf, Fremdenfeindlichkeit in jeder Form entschieden entgegenzutreten. Er wünsche sich, dass dort, wo »Pegida«-Demonstrationen geplant sind, »starke Gegenbewegungen entstehen«, schreibt der evangelische Theologe in Beiträgen für die Internet-

Portale evangelisch.de und ekhn.de. Jung wirft den Verantwortlichen der Kundgebungen vor, Vorurteile und diffuse Ängste zu nutzen, die unberechtigt seien. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) riet unterdessen zu einem differenzierten Blick auf die Teilnehmer der islamfeindlichen »Pegida«-Demonstrationen. »Es gibt bei den Demonstranten Rechtsextreme und Ewiggestrige, aber eben auch Bürger, die unzufrieden sind oder Angst haben um ihre Zukunft«, sagte der CDU-Politiker der »Frankfurter Rundschau«. Mit jenen, die einfach nur unzufrieden sind oder Angst haben, sollten Politiker ins Gespräch kommen, wenn diese dafür offen sind. »Ängste nimmt man nicht, indem man sie ignoriert«, sagte Bouffier. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 52_2014 Seite _14

Gericht bestätigt Verbot von Wormser Krippenspiel

Solidaritätsaktion für Flüchtlinge fand trotzdem statt

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 52_2014 Seite _20

Worms/Mainz (epd). Kirchenvertreter dürfen nach einer Eilentscheidung des Mainzer Verwaltungsgerichts auf dem Wormser Weihnachtsmarkt nicht auf das Schicksal von Flüchtlingen hinweisen. Die Richter bestätigten am 16. Dezember das behördliche Verbot einer geplanten Krippenspielaufführung. Der Leiter der Wormser Versammlungsbehörde rechtfertigte das »Krippenspiel«-Verbot erneut damit, Bereiche wie ein Weihnachtsmarkt müssten frei von politischen Auseinandersetzungen bleiben. Die Aktion fand am Nachmittag dann in unmittelbarer Nähe des ursprünglich geplanten Ortes statt. Als »Eckenbrüller des diesjährigen Weihnachtsfestes« hatte ein Vertreter der hessen-nassauischen Landeskirche das Vorgehen der Verwaltung zuvor bezeichnet. Der Wormser Gemeindepfarrer Fritz Delp und mehrere Mitglieder einer örtlichen Anti-Rechts-Initiative wollten mit ihrer Aktion auf die Nöte von Flüchtlingen hinweisen. Sie verlasen die Bibelstellen aus dem Matthäusevangelium zur Flucht von Maria, Josef und dem Jesuskind nach Ägypten und einen erdichteten Dialog zwischen der biblischen Familie und einem ägyptischen Beamten, der das Asylgesuch abbügelt. Ursprünglich sollte das »Krippenspiel« vor der Krippe des Wormser Weihnachtsmarktes aufgeführt werden. Die Stadt Worms hatte dies jedoch mit der Begründung verboten, der geplante Auftritt könne bei den Weihnachtsmarktbesuchern »Irritationen« auslösen. In Worms haben in den zurückliegenden Monaten regelmäßige, von der Piratenpartei angemeldete Mahnwachen stattgefunden, seit die rechtsextreme NPD bei den Kommunalwahlen einen Sitz im Stadtrat erringen konnte. Das Krippenspiel zur Flüchtlingsproblematik sollte eine Abwandlung dieser regelmäßigen Proteste darstellen. Das Mainzer Verwaltungsgericht bestätigte dieses Verbot. Die Aktion verletzte die Rechte Dritter auf einen ungestörten Besuch des Weihnachtsmarktes, teilte ein Sprecher dem epd mit. Bei der Entscheidung sei auch berücksichtigt worden, dass die Stadt alternative Standorte für die Aufführung angeboten habe: »Es geht nicht um ein Verbot als solches, sondern um ein Verbot an dieser Stelle.« Am Nachmittag versammelten sich Delp und seine Mitstreiter tatsächlich bei leichtem Nieselregen an einem anderen Ort: Ihre Texte verlasen sie einige Meter von der Krippe entfernt auf der anderen Seite einer über die Straße verlegten Kabelbrücke. Die war von der Stadt zuvor eigens zur offiziellen Grenze des Weihnachtsmarktareals erklärt worden. Die Hartnäckigkeit der Verwaltung sah Delp da bereits wieder positiv - auch wegen des überregionalen Medienechos: »Wir hätten ohne Verbot niemals so viel Aufmerksamkeit gefunden.« *Von Karsten Packeiser (epd)*

Kalter Wind aus dem Norden **Vielen US-Deserteuren in Kanada droht die Abschiebung**

Washington (epd). Den Geruch des verbrannten Fleisches habe er noch heute in der Nase, die Bilder von grausigen Verbrennungen und entstellten Körpern sehe er immer vor sich, Tag und Nacht. Der Irakkrieg lässt den früheren US-Marineinfanteristen Dean Walcott nicht los. Heute lebt der 33-jährige Deserteur mit seiner Frau und drei Kindern in dem kanadischen Städtchen Peterborough in der Provinz Ontario und macht Nachtschichten in einem Pflegeheim. Aber es drohe ihm die Abschiebung, sagte Walcott dem Evangelischen Pressedienst. Nach Schätzungen sind während des Irakkrieges etwa 200 Deserteure nach Kanada geflohen. Genaue Zahlen gibt es nicht, viele haben sich wohl nicht zu erkennen gegeben. Die Kampagne zur Unterstützung der Kriegsverweigerer in Toronto arbeitet laut Sprecherin Michelle Robidoux gegenwärtig mit etwa 25 US-Deserteuren, die von Abschiebung bedroht seien. Die Chancen auf

politisches Asyl oder eine Aufenthaltsgenehmigung stünden nicht gut, sagt sie. Die Regierung des konservativen Premierminister Stephen Harper habe die Einwanderungsbehörden angewiesen, ausländische Fahnenflüchtige wie mögliche Gesetzesbrecher zu behandeln. Walcott hatte sich im Jahr 2000 im Alter von 18 Jahren für die Marineinfanteristen entschlossen. Zweimal war er im Irak im Einsatz. Doch seine Zweifel an diesem Krieg wuchsen. Die Bilder von den Schwerverwundeten, die Walcott noch heute plagen, stammen vom Dezember 2004. Er arbeitete im US-Militärkrankenhaus Landstuhl, als dort Überlebende eines Raketenangriffs im irakischen Mossul eintrafen. Es war einer der schwersten Angriffe auf US-Einheiten im gesamten Irakkrieg: 22 Amerikaner wurden getötet, Dutzende schwer verwundet. 2006 sei er in North Carolina Ausbilder für Reservisten für einen Einsatz im Irak gewesen und habe das nicht länger ausgehalten, sagt Walcott. Er nahm einen Greyhound-Bus nach Kanada. Desertieren ist gar nicht ungewöhnlich in der Geschichte der US-Streitkräfte. Im Vietnamkrieg wurden Zehntausende Soldaten fahnenflüchtig. In den ersten Jahren des Irakkrieges berichtete das Verteidigungsministerium von Tausenden, die der Truppe ferngeblieben seien. Im Zweiten Weltkrieg seien fast 50.000 US-Soldaten desertiert, schreibt der Historiker Charles Glass in seinem Buch »The Deserters: A Hidden History of World War II« (Die Deserteure: Die verborgene Geschichte des Zweiten Weltkrieges). Für das US-Militär gilt als Deserteur, wer mehr als 30 Tage unerlaubt abwesend ist und die Absicht hat, nicht zurückzukehren. Oft fallen die Strafen relativ mild aus, und die Soldaten werden unehrenhaft entlassen. Die Streitkräfte sehen offenbar wenig Nutzen darin, dem Widerstand gegen Krieg große Öffentlichkeit zu verschaffen. Militärgerichte bestrafen in der Vergangenheit aber besonders die Deserteure hart, die öffentlich gegen den Krieg protestierten. Wie Joshua Key aus Oklahoma, der das Buch »Ich bin ein Deserteur« veröffentlichte. Key lebt seit 2005 in Kanada. Er floh auf Heimaturlaub nach einem Irak-Einsatz. Auch er fürchtet die Abschiebung und eine lange Haftstrafe in den USA, wie er sagt. Er wisse von mehreren Deserteuren, die in letzter Zeit abgeschoben worden seien. In seinem Buch schreibt er vom brutalen Vorgehen gegen Zivilisten im Irak, von Todesschüssen auf Unbewaffnete und gewaltsamen Hausdurchsuchungen. Er selber habe Menschen verprügelt, und schließlich befürchtet, er verliere seinen moralischen Kompass. Heute leide er an posttraumatischen Belastungsstörungen. In Deutschland desertierte 2007, während des Irakkriegs, der in Bayern stationierte US-Soldat André Shepherd. Er war zu der Ansicht gelangt, dass der Krieg im Irak völkerrechtswidrig sei. Sein Asylgesuch wurde zunächst abgelehnt, nun liegt der Fall beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Er hat Grund zur Hoffnung: Die EU-Generalanwältin Eleanor Sharpston legte im November ein Rechtsgutachten vor, das die Rechte von Militär- und Kriegsdienstverweigerern auf Grundlage des europäischen Asylrechts stärkt. Ein Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Obwohl in der US-Berufsarmee alle Militärangehörigen als Freiwillige gelten, gibt es offiziell die Möglichkeit einer Kriegsdienstverweigerung. Allerdings seien die Hürden für die Anerkennung hoch und das Verfahren vielen Soldaten nicht bekannt, kritisiert der Offenbacher Verein Connection, der sich international für Deserteure einsetzt. Das Washingtoner »Zentrum für Gewissen und Krieg« erhalte jährlich Tausende Anrufe von Soldaten, die nicht mehr wollten, sagt Bill Galvin, Berater für Verweigerer und Soldaten mit Zweifeln. Viele junge Menschen im Militär möchten anfangs ihrem Land dienen. Doch die Realität der Gewalt stelle diesen guten Willen oft infrage. Von Konrad Ege (epd)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 52_2014 Seite 53